

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Seriöse Sozialpolitik braucht kontinuierliche Sozialberichterstattung auf aktueller Datenbasis

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, unverzüglich wieder eine kontinuierliche Sozialberichterstattung vorzunehmen, um die Wirkungsfolgen sozialer Maßnahmen, Angebote und Leistungen anhand konkreter Sozialdaten realistisch einschätzen zu können und die für die Sozialräume notwendige Sozialplanung auf eine gesicherte und aktuelle Datenbasis zu stellen.

Hierzu wird der Senat zu folgende Schritten verpflichtet:

1. Halbjährlich ist eine Statistik über Empfänger und Leistungen im Bereich Arbeit und Soziales und Jugend /Familie zu erstellen. Diese Halbjahrestatistik ist zumindest über die Internetseite der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit, Berufliche Bildung und Soziales der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.
2. Bis zum 30. Juni 2008 ist ein neuer Berliner Armutsbericht unter anderem mit folgenden Schwerpunkten vorzulegen:
 - Einkommenssituation, Einkommensverteilung und Lebensstandard auch im Vergleich zu anderen Bundesländern,
 - Arbeitslosigkeit bzw. Erwerbstätigkeit und Einkommensarmut,
 - besondere Armutsrisiken für Kinder, Familien, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen,

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

- Wirkungen von Hilfen in besonderen Lebenslagen und die Rolle staatlicher Transferleistungen.
3. Der Armutsbericht ist mit einem Aktionsplan zu unterlegen, der die vordringlichsten Aufgaben und Maßnahmen zur Armutsbekämpfung im Land Berlin auf der Grundlage einer gesicherten Datenbasis beinhaltet.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmals bis zum 31.12.2007 über die eingeleiteten Maßnahmen Bericht zu erstatten.

Begründung:

Seit Jahren hinkt die Sozialberichterstattung der sozialen Entwicklung im Land Berlin hinterher. So stammt der letzte Armutsbericht auf der Datenbasis von 1997 bis 2000 aus dem Jahr 2002. Inzwischen gab es eine Arbeitsmarktreform mit einer Umsteuerung in der Betreuung und Finanzierung von Leistungsempfängern mit weitreichenden sozialen Folgen. Eine Aktualisierung der Datenlage ist deshalb dringend erforderlich. Der Senat hat jedoch in diesem Bereich seine Aktivitäten weitestgehend eingestellt und die zuständige Senatorin schweigt und verweist lediglich auf den jetzt seit Jahren veralteten Sozialstrukturatlas, in dem auch nicht gerade mit „taufrischen“ Zahlen gearbeitet wurde.

Es drängt sich deshalb der Eindruck auf, dass vom Senat eine Fortschreibung nicht gewollt ist. So muss er sich nicht den konkreten sozialen Problemen in der Hauptstadt stellen und hat desto mehr freie Hand für politische Lieblingsprojekte. Das ist jedoch mehr als fragwürdig, denn politische Entscheidungen zu Sozialräumen und sozialen Maßnahmen können auf einer mehr als fünf Jahre alten Grundlage nicht seriös getroffen werden.

Zielgenaue Sozialpolitik und Sozialraumorientierung brauchen eine aktuelle Datenbasis, um Trendentwicklungen richtig ab- und einschätzen zu können. Damit finanzielle Mittel nicht nach Zufallsprinzip und Vorlieben verteilt werden, muss darum ungehend ein Umdenken des Senats in diesem Bereich erfolgen. Die CDU-Fraktion fordert deshalb den Senat auf, unverzüglich die Sozialberichterstattung fortzuschreiben und die Datenlage auf Basis des Mikrozensus zu aktualisieren.

Berlin, den 28. September 2007

Dr. Pflüger Hoffmann
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU